

Was bleibt noch für die SPD?

Gastbeiträge: „Das Modell Deutschland 21“ und „Das Wesen der SPD“, FR-Meinung vom 16. und 19. Juli

Was soll es bringen, die SPD nach links zu rücken?

Die FR hat zwei Gastbeiträge zur Situation der SPD veröffentlicht: von Harald Christ und von Hilde Mattheis und Max Reinhardt. Unterschiedlicher können die jeweiligen Positionen nicht sein! Man kann es kaum glauben, dass diese Personen Mitglieder ein und derselben Partei sind.

Ich möchte auf ein paar Fakten aufmerksam machen und als erstes die Frage stellen: Wann und mit wem hat die SPD eigentlich Wahlen gewonnen?

Da war die charismatische Persönlichkeit Willy Brandt. Seinetwegen sind Menschen der SPD beigetreten! Seinetwegen haben Menschen SPD gewählt! Doch gegen Ende seiner politischen Zeit hat Brandt mit der Partei gefremdet und die Partei mit ihm. Der charismatische Helmut Schmidt war bis zu seinem Tod „die“ Ikone der Partei. Seinetwegen haben Menschen SPD gewählt, obwohl er kein Linker war. Doch die Parteifunktionäre waren immer weniger bereit, seine Sicherheitspolitik und die von ihm mitvertretene Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Auch Gerhard Schröder war eine charismatische Persönlichkeit. Er wollte die Partei zur Mitte hin öffnen. Auch seinetwegen haben große Teile der Bevölkerung SPD gewählt. Doch seine als „neoliberal“ geschmähte Wirtschafts- und Sozialpolitik stieß bei den Parteifunktionären immer heftiger auf Ablehnung, so dass sie ihm die weitere Unterstützung verweigerten. Ich erinnere: Bei der Wahl 2005 lag die SPD nur wenige Zehntelprozent hinter der Union!

Wo ist heutzutage in der Partei eine charismatische Persönlichkeit? Eine, bei der die Wählerinnen und Wähler sagen: Wow, für die oder den lohnt es sich, SPD zu wählen! Nirgends! Weit und breit nur Mittelmaß! Zugegeben: ehrenwertes Mittelmaß! Aber eben nur Mittelmaß, das keine Wählerschaft vom Ho-

cker reißt! Für eine Partei, die die Gleichheit aller Menschen propagiert, sind herausragende Persönlichkeiten ein Problem.

Noch eine Tatsache, betreffend das einst „rote“ Hessen: Der Parteibeitrag Hessen-Süd ist einer der linken Parteigliederungen der SPD. Wie sieht hier die politische Wahlkreislandschaft aus? Schwarz wie die Nacht! Im gemäßigten Parteibeitrag Nordhessen dagegen (vom Sonderfall Fulda abgesehen): rot-blühende Landschaften! Fällt das niemandem außer mir? Fragt keiner, woran das liegen könnte? Fakt ist, dass es in Deutschland derzeit keine linke Mehrheit in der Wählerschaft gibt. Was soll es deshalb bringen, die SPD nach links zu rücken? Christ wiederholt nur, was schon viele geäußert haben: Wahlen werden in der Mitte gewonnen! Doch da haben sich die Grünen breitgemacht. Was bleibt noch für die SPD? Wolfram Siegel, Frankfurt

Ökologie und Pluralismus

Der Versuch, das Wesen der SPD im historischen Überblick zu umreißen, wie dies Hilde Mattheis und Max Reinhardt tun, ist des Fleißes der Edlen wert. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sozialdemokratisches Politikverständnis das Wir-Gefühl gegenüber einem nur egoistisch verstandenen Individualismus in den Vordergrund stellt. Allerdings hat die SPD schon 1959 im Bad Godesberger Programm von einer kruden Kapitalismuskritik im Sinne eines Generalzweifels an der Geldwirtschaft als solcher Abschied genommen. Seitdem wird die Auffassung vertreten, dass die Marktwirtschaft sozialer Leitplanken bedarf, weshalb ja auch von sozialer Marktwirtschaft als überwölbendem Begriff die Rede ist.

Die SPD sollte sich nicht in den Antagonismus zwischen dem Modell von einer anzustrebenden „Ich-AG (strenger Neoliberalismus) und einer angeblich

durch die SPD betriebenen „Umverteilungs-Manie“ hineinziehen lassen. Im Kern verfolgt die SPD sehr wohl den Gedanken der nachhaltigen Wertschöpfung, nicht zuletzt über eine fundierte Bildung und Weiterbildung. Eine pure Renditeorientierung in allen Lebenssektoren wie etwa auch dem Gesundheitswesen oder in der Kultur lehnt sie eindeutig ab. Gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus, der ohne Bodenhaftung in der Realwirtschaft operiert, und Exzesse bei Boni hat sich die SPD in der Vergangenheit leider nicht genügend ausgesprochen. Der zunehmend ungleichen Vermögensverteilung und der zu geringen Eigentumsquote bei Wohnimmobilien ist aktiver entgegen zu wirken.

Der Klimawandel, der Ressourcenverbrauch und eine verstärkte Ökologieorientierung müssen jetzt eine Hauptagenda der Sozialdemokratie werden. Die SPD war aber selbst unter Gerhard Schröder nie eine „neoliberale Elitepartei“, wie dies in dem FR-Beitrag von Mattheis/Reinhardt insinuiert wird, sondern hat erfolgreich die damals zu hohe Arbeitslosigkeit bekämpft!

Ja, die SPD muss am Puls der Zeit bleiben und die Jugend für sich einnehmen. Altbackene Begriffe müssen aus dem Programm entfernt werden. Innere wie äußere Sicherheit muss die SPD mit Augenmaß auch für das Finanzierbare im Auge behalten. Der abstrusen inhaltlichen Gleichsetzung von Haushaltsgleichgewicht und Sparpolitik ist entschieden entgegenzutreten. Angesichts der Individualisierung der Lebensstile muss die SPD auch eine liberale Grundhaltung gegenüber dem Gestaltungswillen des Einzelnen einnehmen und über den rechtsstaatlichen Schutz der Privatsphäre wachen. Auf den gesellschaftlichen Pluralismus muss die SPD die richtige Antwort finden und nicht oberlehrerhaft Phrasen vor sicher hertragen.

Sigurd Schmidt, Bad Homburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Jan Christian Müller ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“, unter anderem mit Sandro Schwarz, Cheftrainer des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05.

11. August, 11 Uhr Sport1

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.

19. September, 19.00 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.

24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/bertelsmann

In die Arme von Trump

Großbritannien: „Käpt'n Johnson lügt“, FR-Meinung vom 24. Juli

Ihrem Kommentar über Käpt'n Johnson kann ich, seit Kurzem in Deutschland eingebürgerter Engländer, nur vollinhaltlich beipflichten, bis auf einen Punkt, und zwar in der Iran-Frage. Hier müssen zwei Leitsätze gelten:

Ob und wie eine militärische Präsenz in der Region aufgestockt werden soll oder kann, muss gesamteuropäisch (im Gegensatz zu EU-intern) gelöst werden. Europa einschließlich Großbritanniens tut gut daran, sich in dieser Frage „europäisch“ abzustimmen, u.a. auch, um ein Abdriften Großbritanniens in die Arme von Trump zu verhindern. Das wäre gerade in dieser Frage und gerade in dieser Region ein fataler Fehler.

Egal, ob man es für gut oder schlecht findet, Johnson ist nunmehr der Premierminister Großbritanniens. Es wäre kleinlich und letztendlich nicht zweckdienlich, ihm in übergeordneten (sprich: dem Brexit übergeordneten) Dingen, so unberechenbar und unzuverlässig er auch sein mag, oder besser gesagt, dem Land, das er und seine Ministerkollegen und Beamten vertreten, die Zusammenarbeit zu erschweren oder gar zu verweigern. Peter Clark, Darmstadt

Die Chuzpe der AfD

Wahlliste Sachsen: „AfD scheitert in Karlsruhe“, FR-Politik vom 25. Juli

Dumm darf man sein, aber wenn auch noch Frechheit dazukommt, wird die Sache gänzlich unausstehlich. Diese Leute sind unfähig, bestehende und bekannte Regularien einzuhalten, und wundern sich, wenn sie bei Versäumnissen oder Verstößen dagegen Nachteile erleiden. Folgen des eigenen Unvermögens werden dann sogleich als Unterdrückung durch den politischen Gegner umgedeutet. Und dann werden auch noch Gerichte mit dem Quark befasst! So viel Chuzpe muss man erst mal aufbringen.

Nikolaus Jöckel, Offenbach

Etwas sperrig

Zu: „Das Hipster-Insekt“, FR-Tagesthema vom 19. Juli

Auf der Seite 3 habe ich in der dritten Spalte eine bemerkenswerte Wortschöpfung gefunden: „Lebenseinzelhandelskette“. Alle Versuche, mir darunter etwas vorzustellen, habe ich lieber schnell wieder verworfen. Oder sollte „Lebenseinzelhandelskette“ gemeint sein? Auch eher etwas sperrig. Susanna Allmis-Hiergeist, Bonn

Eine knallharte neoliberale Denkfabrik

Zu: „Wie böse ist Bertelsmann?“, FR-Wirtschaft vom 19. Juli

Die Bertelsmann-Stiftung ist nicht etwa „böse“, sondern eine knallharte neoliberale Denkfabrik. Hammerhart ist die aktuelle Forderung der Stiftung, von rund 1400 Krankenhäusern 800 zu schließen. Dann ist eine ortsnahe Versorgung von Kranken hinfällig.

Schon mit der Errichtung der Stiftung sparte die Unternehmerfamilie Mohn Erbschafts- und Schenkungssteuer in Milliardenhöhe. Die Zuwendungen an die Stiftung der Mohn-nahen Unternehmen mindern zudem laufend den steuerlichen Gewinn der spendenden Unternehmen. Damit wird bis heute die Stiftungsarbeit zu Lasten der steuerempfangenden staatlichen Gebietskörperschaften finanziert. § 2 der „Satzung der Bertels-

mann Stiftung“ zählt umfassend alle gemeinnützigen Zwecke der „Abgabenordnung“ auf, die eine Basis-Organisation wie Attac gemäß Entscheidung des Bundesfinanzhofes die Gemeinnützigkeit kosteten. Über ein familien- und Mohn-unternehmensnahes Satzungsorgan „Kuratorium“ werden die „strategischen Grundsätze und Schwerpunkte der Stiftungsarbeit“ festgelegt. Neben Aufsichtsratsmitgliedern der „Bertelsmann SE & KGaA“ gehört dem „Kuratorium“ auch Liz Mohn an. Das der Unternehmerfamilie Mohn nahestehende „Kuratorium“ bestimmt den Vorstand der Stiftung. Auch hat die „Fortentwicklung der Stiftungszwecke (...) im Sinne des Stifterwillens“ zu erfolgen. Die Satzung garantiert zu 100 Prozent die interessengeleitete Einflussnahme

der Unternehmerfamilie. Was das mit Selbstlosigkeit und Gemeinnützigkeit zu tun hat, erschließt sich mir nicht!

Die Bertelsmann-Stiftung bestimmt die Diskurse in ihrem Sinne. Die Gegner der Krankenhausschließungen können nicht mit gleichen Waffen agieren, weil dafür die finanzielle Ausstattung fehlt. Es mangelt also schon an Waffengleichheit. Die der Familie Mohn nahestehenden Medienhäuser befördern nicht die Kritik an den Bertelsmann-Stiftung-Konzepten, sondern eher das Gegenteil.

Ich empfinde Ihren Artikel nicht als „Analyse“, sondern als Verharmlosung einer marktradikalen Organisation.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau